

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz	19.05.2020	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Klimaschutz: Ratsbeschluss vom 11.07.2019 zum Antrag der Fraktionen von CDU, Bielefelder Mitte und FDP-Ratsgruppe

Betroffene Produktgruppe

./.

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

./.

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

./.

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

./.

Sachverhalt:

Mit Ratsbeschluss vom 11.07.2019 (TOP 14) wurde der folgende, im Kontext der Beratung zur Bielefelder Nachhaltigkeitsstrategie und der Ausrufung des Klimanotstands gestellte Antrag der Fraktionen von CDU, Bielefelder Mitte und FDP an die Fachausschüsse verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bielefeld erklärt:

Die Geschwindigkeit der gegenwärtigen Klimaveränderungen weist im Vergleich zu den in den erdgeschichtlichen Epochen aufgetretenen eine neue Qualität auf. Geowissenschaftler sehen die Erde auch insoweit längst im Anthropozän, also in dem Zeitalter, in dem der Mensch zu einem entscheidenden Faktor geworden ist, der Natur und Umwelt verändert. Die Staatengemeinschaft hat darauf zuletzt mit dem Pariser Abkommen von 2015 reagiert.

Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf bis zu 140 Millionen Menschen ansteigen kann. Bereits 1,5° Celsius Erderwärmung können gravierende Folgen haben. Auch in Bielefeld wird der Klimawandel zu spüren sein und ist es teilweise schon. Verantwortliche Politik nimmt große Herausforderungen an. Hysterie und Panik führen dabei zu keinen Lösungen, denn gerade bei drängenden und umfassenden Problemen ist kluges und durchdachtes Handeln notwendig. Bielefeld bekennt sich zu rationalem und belegbar wirkungsvollem Klimaschutz. Aktionismus und Bekenntnispolitik sind gerade angesichts der Wichtigkeit des Handlungsfeldes fehl am Platz.

- 1) Wir bekennen uns ausdrücklich zu dem Ziel des Pariser Abkommens, die Erderwärmung zu begrenzen. Die daraus resultierenden Ziele zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes sind verbindlich.*

2) *Wir appellieren an die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger, eigenes Handeln und Gewohnheiten zu hinterfragen. Jeder kann und soll einen Beitrag leisten, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen.*

3) *Es kann jedoch nicht erwartet werden, dass die Lösung dieses Problems allein durch Eigenverantwortung von Einzelpersonen erreicht wird. So sind wir einer generationengerechten Politik verpflichtet, welche unzweifelhaft dafür einsteht, Umwelt und Natur vor irreversiblen Schäden zu bewahren. Unsere klimapolitische Verantwortung ist daher wichtige Leitlinie aller politischen Entscheidungen, um klimabedingte Negativfolgen für Mensch, Tier und Vegetation möglichst zu verhindern.*

4) *Wir setzen uns überregional dafür ein, das Erreichen der gemeinsamen Klimaschutzziele nachdrücklich und zielorientiert voranzutreiben. Hierbei sehen wir Emissionshandel als zentrales Leitinstrument in der Klimapolitik, erkennen Technologieoffenheit als notwendig für größtmögliche Effizienz und drängen auf umfangreiche Forschungsförderung.*

5) *Wir wissen um unsere gemeinsame Verpflichtung, auch kommunalpolitisch in bestem Sinne und mit der nötigen Tatkraft darauf hinzuwirken, dass die Ziele des Pariser Abkommens erreicht werden können. Wir befürworten vor diesem Hintergrund u.a.*

- *das Forcieren klimaneutraler Mobilität,*
- *den Ausbau erneuerbarer Energien und*
- *die Schaffung energieeffizienter Gebäude.*

Es gilt dabei, bei allen Initiativen die Menschen mitzunehmen, ihrer Lebenswirklichkeit gerecht zu werden und Maßnahmen zu ergreifen, die wirklich einen Beitrag zur Problemlösung liefern.

6) *Wir fordern die Einstellung eines angemessenen Klimabudgets in den städtischen Haushalt, welches unter anderem durch Stellenkürzungen, Prozessoptimierung und Bürokratieabbau zu finanzieren ist. Das Klimabudget wird verwendet, um bereits in 2019:*

- *Schülerinnen und Schülern zwischen 5 und 25 Jahren mit einem Schulticket die kostenlose Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen,*
- *die Mitnahme von Fahrrädern im ÖPNV kostenfrei zu stellen,*
- *den ÖPNV durch WLAN in Bahnen und an Haltestellen attraktiver zu machen,*
- *das Radwegenetz parallel zu den Hauptverkehrsstraßen des motorisierten Verkehrs und in Grünanlagen auszubauen,*
- *den Aufbau eines tragfähiges Ladestation-Netzes für Elektromobilität im gesamten Stadtgebiet durch Stadtwerke und Private zu fördern und*
- *einen Pilotversuch für Wasserstoffantriebe zu prüfen.*

Die Entscheidung über die konkrete Mittelverwendung obliegt dem Hauptausschuss der Stadt Bielefeld.

Die im Antrag formulierten Punkte 1 – 5 haben appellativen Charakter und entziehen sich einer Prüfung / Bearbeitung durch die Verwaltung. Die Inhalte wurden teilweise in dem Ratsbeschluss zum Klimanotstand und in Folgevorlagen und Beschlüssen aufgegriffen.

Punkt 6 des Antrags fordert ein angemessenes Klimabudget zur Finanzierung der im Antrag genannten Maßnahmen. Als Träger dieser Maßnahmen sind die Stadtwerkegruppe, das Amt für Verkehr bezüglich der Radwege und das Umweltamt bezüglich des regionalen Wasserstoff-Konzepts zu nennen. In der Anlage ist ein Bericht aus Sicht der Stadtwerke Bielefeld beigefügt, der zeigt, dass zu allen beantragten Maßnahmen gearbeitet wird und Ergebnisse vorliegen.

Als zusätzliches Klimabudget hatte der Rat im Rahmen der Beschlüsse zum Doppelhaushalt 2020/2021 einen jährlichen Betrag von 200.000 € zur Verfügung gestellt. Zur Verwendung der Mittel sollen die Vorschläge des Klimabeirates einbezogen werden, der ab Juni nach Wahl der Mitglieder seine Arbeit aufnehmen wird.

Oberbürgermeister

Pit Clausen

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.